

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 60.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 48

Hamburg, den 26. November 1920

5. Jahrg.

Die Sozialisierung des Bergbaus I

Die Vorschläge der Mehrheit des vom Reichskohlenrat und Reichswirtschaftsrat ausgehenden Verständigungsausschusses für die Sozialisierung haben, wie zu erwarten war, den Beifall eines großen Teils der Arbeiterschaft nicht gefunden. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, Betriebsrätekonferenzen, die sozialdemokratischen Parteien haben in ablehnendem Sinne dazu Stellung genommen. Der Bergarbeitervertreter Wagner, der zu der Mehrheit des Verständigungsausschusses gehört, schränkte seine Zustimmung zu den Plänen von Stinnes-Vöglers nachträglich stark ein. Vor allem sind es die Kleinaktien, die entschiedenem Widerstand der Arbeiter begegnen, da man von ihnen eine Befestigung des kapitalistischen Systems erwartet, das man doch beseitigen will. Immer wieder wird die „sofortige Vollsozialisierung“ gefordert gemäß dem einstimmigen Beschluß der Bergarbeiter-Internationale in Genf. Das Ziel ist nach wie vor die „Expropriation der Expropriateure“, die „Vergesellschaftung“ der Arbeitsmittel entsprechend dem auf Karl Marx zurückgehenden sozialistischen Programm.

Die Gegner erklären demgegenüber, es komme nicht darauf an, einer Idee unentwegt durch Dick und Dünn Gefolgschaft zu leisten, sondern es handle sich um die nüchtern-praktische Frage, auf welche Weise mehr Kohle erzeugt und dem Arbeiter ein besseres Auskommen gewährt werden könne. Aus Erwägungen dieser Art müsse sich die richtige Form der „Sozialisierung“ ergeben; sie dürfe nicht vorweggenommen werden. Es sei nicht die Spur einer Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß die sogenannte Vollsozialisierung zu einer Produktions-erhöhung führe. Sie werde nur aus doktrinären Gründen erstrebt.

Eine Brücke zwischen beiden Anschauungen konnte bis heute nicht geschlagen werden. Der Kampf geht weiter, und immer mehr wächst sich das Problem zu einer reinen Machfrage aus. Darin besteht das Gefährliche der Lage. Man hat zuletzt den Verständigungsausschuß durch neue Mitglieder verstärkt und noch einmal vor die Aufgabe gestellt, einen Weg zu suchen, der von allen betreten werden kann.

Die hin- und hergehenden Kämpfe um die Sozialisierung des Bergbaus in Parlament und Presse, die vielen vergeblichen Versuche, zu einer Lösung zu gelangen, die zahlreichen Ausschüsse, die gebildet werden und wieder verschwinden, die in fortwährendem Fluß befindliche Organisation der Kohlenwirtschaft, das wiederholte Eingreifen führender Persönlichkeiten — alles das bedeutet eine so verwirrende Fülle von Tatsachen, Erscheinungen, Meinungen, daß es dem Beobachter, sofern er nicht selbst Fachmann oder Interessent ist, kaum noch mög-

lich ist, den Faden der Geschehnisse zu verfolgen. Es soll daher an dieser Stelle zunächst ein Rückblick auf die bisherige Entwicklung gegeben und sodann der jetzige Stand der Kohlenwirtschaft geschildert werden.

Bei Ausbruch der Revolution flammte der Gedanke der Sozialisierung hell empor. Als mächtigstes Objekt zog natürlich der Bergbau sofort die größte Aufmerksamkeit auf sich. Anfang 1919 nahmen die vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte zu Berlin einen Antrag auf Sozialisierung des Bergbaus an. Dieser konnte aber nicht so schnell ausgeführt werden, wie er eingebracht worden war. Radikalen Elementen schien daher ein Handeln auf eigene Faust besser: Am 20. 1. 19 wurde auf einer Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ein Neunerausschuß zur Sozialisierung der Steinkohlenbergwerke eingesetzt. Die Neuerkommission griff planlos und gesetzwidrig, wo es ihr einfiel, in den Gang der Betriebe ein und übte Gewaltakte gegen die fachkundigen Betriebsleiter. Die Regierung, die demgegenüber nur über geringe Machtmittel verfügte, versprach in einem Aufrufe die Sozialisierung „der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergbau und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Bewirtschaftung eignen“. Eine Beruhigung wurde ferner versucht durch die sofortige Ernennung von Reichsbevollmächtigten für die einzelnen Bergreviere. Diese wurden „bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Beeinflussung des gesamten Bergbaus durch das Reich“ ausgestattet mit „weitgehenden Befugnissen zur Überwachung des Absatzes und der Verwertung der Kohlen“.

Im Januar war außerdem eine „Sozialisierungskommission“ zusammengetreten, deren Aufgabe es sein sollte, die Möglichkeiten einer Sozialisierung zu studieren und Vorschläge für eine solche zu machen. Im April 1919 legte die Kommission ihren Auftrag in die Hände der Regierung zurück. Zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten mit der Regierung war es nicht gekommen.

Die Regierung ging nun selbständig vor. Zunächst wurde das Reich durch das „Sozialisierungsgesetz“ vom 23. 3. 19 ganz allgemein ermächtigt, für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu übernehmen und ferner im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz am 23. 3. 19 wurde weiter ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft erlassen, das von der Ermächtigung Gebrauch macht und den durch das Sozialisierungsgesetz geschaffenen Rahmen ausfüllt. Am 21. 8. 19 ergingen Ausführungsbestimmungen zu dem Kohlenwirtschaftsgesetz. Diese Vorschriften sind die Grundlagen für die Kohlenwirtschaft, wie sie im Augenblick organisiert ist.

Die unterste Stufe des Aufbaus bilden die Syndikate. In ihnen sind die Kohlenerzeuger nach Bezirken zusammengeschlossen. Über das ganze Reich erstreckt sich außerdem das Gaskokssyndikat. Der Beitritt zu den Syndikaten unterliegt gesetzlichem Zwang. Arbeitnehmervertreter müssen dem Vorstand und Aufsichtsrat der Syndikate angehören.

Die Syndikate sind ihrerseits im Reichskohlenverband vereinigt, ebenso diejenigen Länder, die an mehreren Syndikaten Anteil haben. In der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat sind auch hier die Arbeitnehmer vertreten. Zum Aufsichtsrat sind auch Vertreter der Verbraucher herangezogen.

Als letztes Organ der Kohlenwirtschaft folgt der Reichskohlenrat, ein wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper ohne eigene Rechtspersönlichkeit. In diesem höchsten Gremium sind alle irgendwie an der Kohlenwirtschaft beteiligten Kreise nach paritätischen Grundsätzen vertreten, also Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, Handel und Verbraucher, Eisenbahn und Schifffahrt, endlich Sachverständige für Kohlenbergbau, Kohlenforschung und Dampfkesseltechnik.

Der Reichskohlenrat ist den Verbänden übergeordnet. Die Leitung der gesamten Brennstoffwirtschaft, auch der Ein- und Ausfuhr, steht ihm zu. Er erläßt allgemeine Richtlinien für die Brennstoffwirtschaft und wird hierbei durch die Sachverständigenausschüsse (für technisch-wirtschaftliche und ferner für sozialpolitische Bergbaufragen, endlich für Fragen der Brennstoffverwendung) unterstützt.

Der Reichskohlenverband sorgt für ein einheitliches Zusammenwirken der Syndikate. Er beaufsichtigt sie und trifft Anordnungen für die Durchführung der den Syndikaten obliegenden Aufgaben, so für den Absatz der Syndikate und die Bestimmung des Selbstverbrauchs ihrer Mitglieder. Er hat die Lieferungsbedingungen zu genehmigen. Die Syndikate endlich bewirken den Absatz der Erzeugnisse ihrer Mitglieder und setzen deren Anteile am Absatzkontingent und ihren Selbstverbrauch fest.

Eine besondere Betrachtung muß die bisherige Art der Preisfestsetzung finden. Nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz und den Ausführungsbestimmungen ist es der Reichskohlenverband, der die Verkaufspreise bestimmt „unter Berücksichtigung der Vorschläge der Syndikate und der Interessen der Verbraucher“. Allerdings hat das Reich, vertreten durch den Reichswirtschaftsminister gegenüber

sämtlichen Organen der Kohlenwirtschaft ein Aufsichtsrecht und vor allem die Befugnis, die Brennstoffverkaufspreise „nach Anhörung des Reichskohlenrates und Reichskohlenverbandes herabzusetzen“. Auf Antrag eines Landes hat er den Reichskohlenrat über die Herabsetzung der Preise zu hören. In Abweichung von der gesetzlichen Regelung hat der Reichskohlenrat in diesem Frühjahr bestimmt, daß bei allen die Preisfrage betreffenden und mit ihr zusammenhängenden Beschlüssen des Reichskohlenverbandes der „Große Ausschuß“ des Reichskohlenrates mitzuwirken hat, und daß bei Ablehnung durch den Großen Ausschuß die Beschlüsse des Reichskohlenverbandes als abgelehnt gelten.

Diese Neuerung wurde getroffen, weil die Preisfestsetzung zu einem Gegenstand heftigen Streites der Richtungen und Interessentengruppen geworden war. Das Reichswirtschaftsministerium war mit einem Gesetzentwurf nicht durchgedrungen, der den Reichskohlenverband überhaupt beseitigen und das Schwergewicht des Einflusses auf die Kohlenwirtschaft ganz auf Reichskohlenrat und Reichswirtschaftsministerium verlegen wollte. (Vgl. „W.-D.“ Nr. 23 v. 4. 6. 20, I. Halbband 1920, S. 332.)

Um die Preisbildung in den Dienst der Aufbringung von Mitteln für die abgewirtschafteten Betriebsanlagen zu stellen, gleichzeitig und vor allem aber um eine Sozialisierung auf Umwegen zu erreichen, machte die Regierung außerdem folgenden Vorschlag: Die im Preise aufgebrachten Mittel gehen nicht an die Werke, sondern in einen gemeinsamen Stock. Diesen können die Gesellschaften nur gegen Gewährung einer Mitbeteiligung an die Allgemeinheit in Anspruch nehmen. Gleichzeitig wird ihnen verboten, sich die Mittel anderweitig, also durch Ausnutzung ihres Kredits, zu verschaffen. Eine solche Regelung hätte einen Zwang bedeutet, dem Einfluß des Staates Tür und Tor zu öffnen, da der Geldbedarf der Werke ja befriedigt werden muß. Auch dieser Plan wurde jedoch fallen gelassen. (Vgl. die Schrift „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus“. Herausgeg. vom Bergbau-Verein Essen, S. 7.)

Es gelang aber nicht, die Preisbildung auf andere Weise zur Befriedigung aller an ihr beteiligten Kreise zu ordnen. Der neugeschaffene Einfluß des Reichskohlenrates auf die Preisfestsetzung schien vielen nicht hinreichend. Von gewerkschaftlicher Seite insbesondere wurde erklärt, der Reichskohlenrat sei gegenüber den Syndikaten ohnmächtig, da die Unternehmer hohe Selbstkostenrechnungen vorlegten, die von den nicht eingeweihten Mitgliedern des Reichskohlenrates schwer zu widerlegen seien. („Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, Nr. 41 v. 9. 10. 20, S. 541.) Nicht zuletzt war es diese Frage, die den Ruf nach einer abermaligen grundlegenden Änderung der Kohlenwirtschaft nicht verstummen ließ.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Der Stand der Währungsfrage

Wenige Dinge fallen dem Laien schwerer als das Auseinanderhalten der verschiedenen Bedeutungen, die mit dem Worte „Geld“ verbunden sind. Bald wird er an die Elemente seines Einkommens erinnert, bald an das Maß seines Kapitalbesitzes, bald scheint von der Ordnung des Zahlungswesens die Rede zu sein, bald von dem Staatshaushalt, bald von den Märkten des Kredits. Alle diese Erscheinungen sind durch Wirkung und Gegenwirkung auf das Engste und Dichteste miteinander verknüpft, und doch ist ihre reinliche Sonderung nötig, wenn ihre Eigenart und die Art ihres Zusammenhangs

erkannt werden soll. Die Währungsfrage verdankt den Ruf besonderer Unzugänglichkeit im Grunde nur dieser Verknüpfung der Probleme, den auch die Forschung nur allmählich entwirren lernte. Noch heute besteht bei einigen Männern der Wissenschaft und der Praxis die Neigung, die Sache in diesem ungeklärten Anfangszustand ruhen zu lassen; die Fragen der Währung, der Wirtschaftsgestaltung und des Staatshaushalts werden nicht scharf und klar gesondert; man schreibt der Natur des Papiergelds zu, was das Mißverhältnis staatlicher Einnahmen und Ausgaben verschuldet hat, und versucht mit

valutarischen Mitteln Krankheiten zu heilen, deren Herd tiefer im Organismus der Volkswirtschaft zu suchen ist.

Die bedeutende Wirkung, die von dem Vortrag Max Warburgs auf dem V. Allgemeinen Deutschen Bankiertag in Berlin am 26. Oktober 1920 ausgegangen ist, beruht zu einem wesentlichen Teil auf der Vermeidung dieses Fehlers und in der strengen, fast wissenschaftlichen Methodik in der Stellung des Problems. In den Besprechungen ist bisher der Nachdruck auf die Teile des Vortrags gelegt worden, in denen die allgemeineren Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik berührt wurden; verständlich genug, denn es waren im Verlauf dieser Tagung die einzigen Sätze, in denen ein lebendigeres Verständnis für die konstruktiven Erfordernisse der deutschen Wirtschaft aufzuglimmen schien; es wird davon noch bei Gelegenheit zu reden sein. Nicht weniger wichtig aber scheinen uns die Darlegungen über die Aufgaben und Bedingungen der deutschen Währungspolitik zu sein. Diese Darlegungen zeigen, daß auch hier ein neues Kapitel beginnt; von dem Gegensatz, der früher hier und dort zwischen den Anschauungen der Vertreter der neueren Forschung und den führenden Vertretern der Praxis zu bestehen schien, ist nicht mehr die leiseste Spur zu finden, nicht nur nicht in der Rede Warburgs, sondern wie es scheint, auch nicht in dem versammelten Gremium, aus dem kein Widerspruch laut wurde.

Warburg geht durchweg von der Erkenntnis aus, daß es kein Währungsproblem an sich gibt. Nicht die Form der Währung entscheidet, sondern die Art der staatlichen und privaten Wirtschaftsführung; nicht auf Gold-, Silber- oder Papierwährung kommt es zunächst an, sondern darauf, ob sich einerseits Staatseinnahmen und -ausgaben, andererseits Einfuhr und Ausfuhr und die übrigen Posten des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs im Gleichgewicht halten lassen. Gilt diese Voraussetzung nicht, so sind die schönsten Währungssysteme von nur geringem Wert. Wenn der Staat mehr verbraucht, als er aus Steuern und echten Anleihen einnimmt, so schafft er sich neue Kaufkraft durch Druck von Noten und durch künstliche Vermehrung der Giralguthaben bei der Notenbank: dieser Zustand, seit dem nordamerikanischen Sezessionskrieg Inflation genannt, ist also nicht eine Folge des Währungssystems, sondern der staatlichen Finanzlage. Erfordern andererseits die Zahlungen, die die Volkswirtschaft ans Ausland zu leisten hat, dauernd höhere Beträge als aus inländischen Forderungen an ausländische Schuldner zur Verfügung stehen, so wird der Valutakurs — der ja nichts anderes ist als der Preis für ausländische Werteinheiten, ausgedrückt in inländischen oder umgekehrt — ins Sinken geraten müssen, nachdem die letzten Währungsreserven aufgezehrt sind — gleichgültig wie die Währungsform beschaffen war. Die Währung selbst kann also nur geordnet werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, die überhaupt erst eine Ordnung der Wirtschaftsführung möglich machen. Alle währungstechnischen Mittel müssen versagen, wenn diese Vorbedingungen nicht gegeben sind.

Als solche Vorbedingungen bezeichnet Warburg: im Innern Herstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit, Ersatz des Söldnerheers durch ein — wenn auch relativ kleines — Volksheer; Gleichgewicht des Staatshaushalts, Verringerung des Beamtenapparats, äußerste Einschränkung aller unproduktiven Ausgaben; Ersatz der Arbeitslosenunterstützung durch Arbeitslosenversicherung, Aufhören der Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel, hohe aber nicht überspannte Steuern, Entbürokratisierung der Staatsbetriebe; Revision der Kapitalfluchtbestimmungen, Wiedereinführung des Bankgeheimnisses, strenge Handhabung des Einfuhrverbots für alle entbehrlichen Waren, Umgestaltung der Außenhandels- und Preisprüfungs-

stellen; Förderung der Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten, insbesondere durch bevorzugte Belieferung der Exportindustrie mit Kohle, durch Erleichterung des ausländischen Rohstoffbezuges und der inländischen Kreditgewährung für solche Industrien, durch Ausgestaltung der Veredelungskredite, durch Veröffentlichung von übersichtlichen Ein- und Ausfuhrzahlen und Produktionsstatistiken; Förderung des Zeithandels in Devisen an allen größeren deutschen Börsenplätzen, klare Trennung im Reichsbankausweis zwischen Reichsschatzwechseln, inländischen und ausländischen Privatwechseln, inländischen und ausländischen (man darf wohl hinzufügen: staatlichen und privaten) Guthaben, Fortbestehen der Aufhebung der Goldeinlösungs- und der Dritteldeckungspflicht, Aufhören der Einrechnung der im Besitz der Reichsbank befindlichen Darlehenskassenscheine in den Barbestand, allmählicher Abbau der Reichsdarlehenskassen, Einziehung der Reichskassenscheine, Beseitigung des Notstandsgeldes; stärkere Vertretung des Bankgewerbes im Reichswirtschaftsrat, regionaler Unterbau des endgültigen Reichswirtschaftsrats, Heranziehung der Wirtschaftsräte zur gemeinsamen Lösung der Weltwirtschaftsfragen.

Alle diese Vorbedingungen — unter denen man die Förderung von Maßnahmen zur Hebung der Produktivität der industriellen Arbeit vermißt — reichen aber auch nach Warburg nicht aus, wenn nicht die folgenden außenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sind: schnellste Festsetzung der endgültigen Höhe der deutschen Kriegsentschädigungspflicht, Neuordnung der Sachleistungsverpflichtungen, insbesondere Anrechnung dieser Leistungen zum Weltmarktpreis, Sicherung der für die Exportindustrie nötigen Kohle; erhebliche Einschränkung der Okkupation in Rheinland, Saargebiet und Oberschlesien, Erhaltung Oberschlesiens beim Reich; Verzicht auf die Repressalienklausel (inzwischen durch England geschehen), Ersatz der einseitigen durch die gegenseitige Mehrbegünstigung, Verzicht des Auslands auf die Erträge der Zwangsliquidationen, Verzicht des Auslands auf weitere Liquidationen und Enteignungen, Änderung des Abrechnungsverfahrens für die Vorkriegsschulden, Befreiung Deutschlands von finanziellen Verpflichtungen gegen seine früheren Bundesgenossen; Gewährung von Vorschüssen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel auf Grund von § 235 des Friedensvertrages: mit einem Wort die „Wiederkehr der Vernunft bei der Entente“.

„Die Verträge von Versailles und St. Germain sind die mechanische Addition aller Wünsche aller Feinde ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des besiegten Volkes. Ich halte es für falsch, zu sagen, daß wir den Friedensvertrag so lange erfüllen wollen, bis sich in jedem einzelnen Punkte die Unmöglichkeit zeigt. Müssen wir uns denn in jedem einzelnen Falle erst die Köpfe blutig rennen, damit man die falsche Rechnung erkennt? Dann wird, bis alle Unmöglichkeiten erkannt sind, der Wirtschaftskörper verblutet am Boden liegen.“

Ist Frankreich — gleichviel unter welchen Vorwänden — entschlossen, das Ruhrgebiet zu besetzen, will Frankreich durch Agitation und politische wie wirtschaftliche Maßnahmen das einige Deutsche Reich auflösen, dann ist jedes Nachdenken über die notwendigen Voraussetzungen zur Gesundung der deutschen Währung heute überflüssig. Frage ist jetzt, ob die Pendelbewegung der Katastrophen ihren Fortschritt nehmen soll, oder ob die menschliche Vernunft einsetzen wird. Bleibt die Okkupation mit ihren wahnsinnigen Kosten, wird die stillschweigende Förderung der polnischen Bewegung in Oberschlesien fortgesetzt, bleiben die Bestimmungen mit Bezug auf weitere Liquidationen und Sequestrationen, werden uns unerfüllbare finanzielle Opfer auferlegt, so stehen wir vor einem wirtschaftlichen Abgrund. Denn all die eingegangenen und drohenden Verpflichtungen sind die Erreger der unabsehbaren jetzigen und zukünftigen Inflation, und werden sie nicht beseitigt,

so gehen wir den Weg der Verzweiflung, den wir jetzt in Rußland vor uns sehen."

In diesen Sätzen liegt der Schwerpunkt des Warburgschen Referats. Ehe nicht ein neues Staats- und Wirtschaftsgefüge aufgerichtet ist, das die Gewähr des Bestandes in sich trägt, sind alle Versuche, die deutsche Währung zu sichern oder gar zu heben, zum Scheitern verurteilt. Sie haften am Symptom und gehen von der Peripherie aus, statt von der Krankheit und ihrem wirklichen Sitz. Zu solchen — mindestens im Augenblick — untauglichen Mitteln gehören Währungsanleihen, Devaluationen, Bindung der im Ausland befindlichen Marknoten und verwandte Maßnahmen. Sie haben erst dann einen Sinn, wenn die Zerrüttung des Staatshaushalts und der Zahlungsbilanz so weit aufgehalten ist, daß ein bestimmtes neues Niveau des Marktkurses eingehalten werden kann. Bis dahin kann für die Währung nichts anderes getan werden als die Verbreitung höherer Klarheit über den Stand und die Ursachen der Inflation. Warum die von Warburg erhobene, an dieser Stelle seit langem vertretene Forderung einer gründlichen Reform des Reichsbankausweises nicht schon längst erfüllt ist, ist schwer zu verstehen. Sie ist heute mehr denn je ein Gebot der Reinlichkeit und Selbstzucht.

Auf welchem Stande aber einmal die Mark ihre neue Bestätigung erfahren soll, ist nach Warburg eine Frage zweiten Ranges, erheblich nur für die Zeit des Übergangs. Für den Außenhandel eines Landes kommt es nicht darauf an, auf welchem Niveau, sondern ob überhaupt die Währung stabilisiert werden kann. Die Wahl der Parität wird nach den Umständen des Zeitpunkts der Reform und nach dem Urteil über die künftige Entwicklung der Produktivkräfte getroffen werden, nicht nach Erwägungen des Prestiges oder nach Erinnerungen an den früheren Stand der Mark. Während ein so angesehener Forscher auf dem Gebiet der Staatsfinanzen wie der Münchener Professor Loß die Hebung des Marktkurses auf den Friedensstand nicht nur für erwünscht, sondern auch für möglich hält, leugnet Warburg sowohl Erwünschtheit wie Möglichkeit. Die Friedensparität der Mark entsprach einem bestimmten Stande staatlich-wirtschaftlicher Macht: so lange diese Macht nicht wiederhergestellt werden kann, ist jedes Streben nach der Friedensparität trockene Schwärmerei und phantasielose Romantik — ohne Blick für die wirklichen Gegebenheiten der Stunde.

Sowenig wie der künftige Stand der Mark kann die endgültige Gestalt der deutschen Währung schon heute erörtert werden. Nur über einen Punkt kann schon heute Klarheit bestehen: eine Rückkehr zur Goldwährung in der Vorkriegsform ist Deutschland für absehbare Zeit versperrt . . . und nicht Deutschland allein.

„Zur reinen Goldwährung, zur Goldumlaufwährung, indem sich die Notenbank verpflichtet, die Noten immer in Gold einzulösen, wird Deutschland in absehbarer Zeit nicht kommen können, aber auch die Verpflichtung, immer Gold auszugeben, eine Verpflichtung, die zur Goldwährung gehört, wird in der unbedingten Form: weder von Deutschland, noch von vielen Goldwährungsländern wieder aufgenommen werden können. Deutschland wird im besten Falle anstatt der Goldumlaufwährung eine Goldkernwährung haben können, d. h. die Reichsbank wird nicht verpflichtet sein, die Noten immer in Gold einzulösen, aber doch immer einen Goldbestand halten, um durch ihn, solange die übrigen Länder am Golde festhalten, Zahlungsausgleiche vornehmen zu können.“

Der strenge Zusammenhang zwischen Geld und Gold soll also gelöst werden; es müssen neue Normen gesucht werden, um die Menge der zu schaffenden Zahlungsmittel zu regeln. Solche Normen gesetzlich festzustellen, ist heut noch nicht an der Zeit: für die Gegenwart muß die Erkenntnis genügen, daß nur eine solche Geldvermehrung gerechtfertigt ist, der eine ebenso große Vermehrung der verkaufsfähigen und verkaufsfähigen Erzeugung entspricht — nicht aber eine Geldvermehrung zur Diskontierung von Wechseln des Reichs und der Staaten und Kommunen oder zur Beleihung von unverkäuflichen Waren und Wertpapieren durch die Darlehnskassen. Mit diesen Anschauungen und Forderungen stellt sich Warburg in die Reihe der Anhänger der neueren Lehren über Geldverfassung und Währungspolitik, die sich an die Namen Knapp und Bendixen knüpfen und die der Verfasser dieses Aufsatzes in einem gleichzeitig mit dem Bankiertag erschienenen Buch: „Das Geld als Zeichen“ (Gustav Fischer, Jena, 204 S.) nach Sinn, Voraussetzungen und Folgerungen kritisch dargestellt hat. Daß ein Praktiker von der Bedeutung Warburgs sich diese noch unlängst als keßerisch verschrienen Anschauungen zu eigen macht, bezeichnet einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der deutschen Währungspolitik.

Kurt Singer

Rußland

Die Zukunft der Montanindustrie II

Die nachgewiesenen Eisenerzvorräte Rußlands und Polens betragen nach der Schätzung des 11. Geologenkongresses in Stockholm 900 Mill. t. Der Roheisenverbrauch ist für das Jahr 1911 mit 4,08 Mill. t angegeben worden, was auf den Kopf jedes Einwohners 25 kg ausmachte, während in Deutschland auf jeden Einwohner 136 kg gerechnet werden mußten. Die bedeutendsten Eisenerzlagerstätten befinden sich in Südrußland an der Grenze der Gouvernements Cherson und Jekaterinoslaw, tief in den Steppen bei Kriwoi Rog. Schätzungsweise enthalten diese Lagerstätten etwa 55,26 Mill. t. Große Erzvorkommen sind außerdem in Kertsch, im Osten der Krim, im Doneßbecken und am Äsowschen Meere bei Berdjansk. Sie befinden sich also alle in der Ukraine, — eine Tatsache, die für die Beurteilung der ukrainisch-russischen Beziehungen von größter Bedeutung ist. Von großer Ertragsfähigkeit sind außerdem die Eisenerzlagerstätten des Südrusslands, während die Mittel- und Nordrusslandbezirke die ärmeren

sind. Der Berg Blagodaty allein enthält 12 Mill. t Erze, — die sonstigen Schätzungen sind sehr schwankend. Schließlich wären noch die Moskauer Eisenerzbezirke zu erwähnen. Nach den Angaben Dr. K. Flegels (Die wirtschaftliche Bedeutung der Montanindustrie Rußlands und Polens. Veröffentlichung des Ost-Europa-Instituts in Breslau. 1920) betrug die gesamte Eisenerzförderung Rußlands im Jahre 1912 8,2 Mill. t, die sich in folgender Weise verteilte:

Ukraine	{ Kriwoi Rog ..	5 358 553 t oder	65,3 %
	{ Kertsch	413 104 " "	5,1 "
Ural und Sibirien		1 845 863 " "	22,5 "
Polen		293 857 " "	3,6 "
Mitteldrussland		291 236 " "	3,5 "
Zusammen		8 202 613 t oder	100 %

An Manganerzlagern ist Rußland ganz besonders reich; in der Versorgung der Welt stand es an erster Stelle. Mehr als die Hälfte der auf den Weltmarkt kommenden Manganerze waren bis 1914 russischen Ursprungs. Im Kau-

kasus, bei Nikopol am Dnjepr, also in der Ukraine, und im Ural sind die bekanntesten Manganerzlager. Die gesamte Manganerzgewinnung Rußlands hat 1913 (nach K. Flegel a. a. O.) betragen:

im Kaukasus	970 000 t
in der Ukraine	260 000 „
im Uralgebiet	16 000 „
Zusammen	1 276 000 t.

Der größte Teil der Manganerze gelangte zum Versand ins Ausland; Hauptabnehmer waren Deutschland, sodann England, Belgien, Holland. In der Welt-Kupfererzeugung stand Rußland 1913 an achter Stelle mit 34 300 t. Die Erzeugung verteilt sich auf den Ural, Kaukasus und Sibirien.

In der Welt-Golderzeugung stand Rußland 1913 an vierter Stelle mit einer Goldgewinnung im Werte von 120 Mill. *M.* Die Hauptbezirke liegen im Ural, West- und Ostsibirien.

In der Welt-Platingewinnung nimmt Rußland mit 95 % der Gesamtgewinnung eine konkurrenzlose Stellung ein. Zu nennen sind die Bezirke von Werchoturje mit 4086 kg. Perm mit 1210 kg und eine Reihe kleinerer Lagerstätten, — sämtlich im Ural. Insgesamt sind im Jahre 1912 im Ural 5531,2 kg gewonnen worden. Im Ural werden außerdem noch Asbest und Steinsalze in größeren Mengen gewonnen.

Dieser Reichtum an Erzen und Metallen ist bisher in nur geringem Maße genutzt worden. Eigentlich erst seit 1912 ist eine intensivere Ausbeute zu verzeichnen, bis dahin stieg die Kurve der Gewinnung, beginnend mit dem Jahre 1900, nur leicht an. Die Montanindustrie Rußlands befand sich bei Ausbruch des Krieges ohne Zweifel in einer Periode bedeutenden Aufstieges, der nun jäh gehemmt wurde. Krieg, Revolution und Bürgerkrieg, sowie die Nationalisierung, die die Sowjetregierung vornahm, haben dann völlig neue Verhältnisse geschaffen, wie in der vorigen Nummer des „W.-D.“ bereits dargelegt wurde. Fragt man sich, in welcher Weise ein Neubau Rußlands vor sich gehen könnte, so wird ersichtlich, daß es in erster Linie nötig sein wird, die Verkehrsverhältnisse zu bessern, um die einzelnen Werke und Bergbaubezirke besser wie bisher mit Kohle und Naphtha versorgen und den Abtransport der geförderten Metalle vornehmen zu können. Besonders primitiv waren bisher die Verkehrsverhältnisse im Ural. Prasalow teilt mit, die Werke am Ural verausgabten für den Transport an Rohstoffen, Brennstoffen und Halbzeug einen Betrag, der 30 % der gesamten an die im Betriebe Beschäftigten gezahlten Arbeitslöhne ausmachte. Viele Zufuhren fanden per Achse statt, dazu noch auf außerordentlich schlechten Wegen. Neue Bahnbauten sind im Kriege und unter der Herrschaft der Sowjetregierung nur im geringen Umfange unternommen, immerhin sind einige nicht unwesentliche Zufuhrbahnen fertiggestellt worden, im ganzen in einer Ausdehnung von 1065 Werst; noch nicht mit Schienen versehen, aber sonst fertiggestellt sollen, nach Angaben des Komitees für staatliche Anlagen, im ganzen 4093 Werst worden sein. Diese neuen Anlagen befinden sich vorwiegend im Osten und Süden Rußlands und haben als Vorarbeiten zu gelten für die bessere Ausnutzung der großen Rohstoffgebiete. Es sollen außerdem Chausseebauten, Wasserwegebauten und Elektrifizierungsanlagen im Ural in Arbeit genommen worden sein. Jedenfalls kann, wenn diese Angaben auch allzu optimistisch sein dürften, festgestellt werden, daß die Sowjetregierung — wenn überhaupt — so hier, an den Quellen der russischen wirtschaftlichen Kraft etwas geleistet hat. Es ist immerhin ein Vorteil für Rußland, daß man sich ganz allgemein darauf eingestellt hat, die Rohstoffgebiete zu fördern. So hat die Regierung z. B. dafür Sorge getragen, die Uralindustrie mit Arbeitern zu ver-

sorgen. Man hat eine Abwanderung aus diesen Gebieten verboten und eine Zuwanderung begünstigt, so daß am 1. 1. 20 am Ural 91 000 Arbeiter und Angestellte tätig waren. Weitere Angaben fehlen, jedoch ist in der russischen Presse mehrfach behauptet worden, es fände eine dauernde Einwanderung in den Osten statt, da hier die Nahrungsverhältnisse günstiger liegen wie in Mittelrußland und die Eisenbahnbauten Arbeiter anzögen. Das Produktionsprogramm für den Uralbezirk für das laufende Jahr ist mit 34,05 Prozent der normalen Leistungsfähigkeit vorgesehen und umfaßt die Förderung und Verarbeitung von Roheisen — 4 050 000 Pud, Eisen — 2 030 000 Pud, außerdem Wiederherstellungsarbeiten. Wenn eine ganze Reihe von Werken auch stillstehen, so soll der Grad der Zerstörung derselben doch kein allzugroßer sein, — eine Inbetriebsetzung soll, nach Angaben des Sowjetkomitees, mit Hilfe tüchtiger Techniker nicht zu große Schwierigkeiten voraussetzen, zumal Arbeitskraft vorhanden sei. Der Bau neuer Hochöfen und Werke käme somit vorläufig nicht in Frage. Größer dürften die Zerstörungen in der Ukraine sein, vielleicht auch in der Krim. Überall sind ziemlich große Vorräte vorhanden, die nicht abtransportiert und verarbeitet werden konnten. Eine Ausfuhr ins Ausland hatte ja immer in beträchtlichem Maße stattgefunden. Aus dem Kriwoi Rog-Bezirk sind 1912 609 000 t Eisenerze ins Ausland, vorwiegend nach Oberschlesien, ausgeführt worden. Die Ausfuhr von Manganerzen aus dem Kaukasus betrug 1913 nach Angaben des deutschen Konsulats (die Flegel zitiert) insgesamt 1 113 800 t, wovon 50 000 t nach Deutschland gingen. Nach Angaben des statistischen Jahrbuchs des Russischen Reiches betrug der Wert der Ausfuhr von Eisenerzen 5 409 000 Rbl, von Manganerzen 6 648 000 Rbl, von Platin 15 344 000 Rbl, sonstige Rohmetalle 6 983 000 Rbl. Der Wert der Einfuhr von Metallen: Eisen 3 338 000 Rbl, Kupfer 4 754 000 Rbl, Zinn 8 651 000 Rbl, Blei 6 620 000 Rbl, Zink 4 918 000 Rbl. Es überwog im allgemeinen also die Ausfuhr. — Da die Metallindustrie in Rußland vollkommen darniederliegt und an einen Aufbau derselben vorläufig sehr viel weniger gedacht werden kann, wie an den der Montanindustrie, so dürften sehr viel beträchtlichere Mengen wie im Frieden von Erzen zur Ausfuhr frei bleiben. Ganz abgesehen von den heute schon vorhandenen Vorräten, die die Sowjetregierung als sehr beträchtliche angibt, kann angenommen werden, daß bald nach Beginn eines Wiederaufbaus der Montanindustrie die Ausfuhr eine dauernd steigende werden wird. Nur mit diesen Rohstoffen wird Rußland seinen ungeheuren Bedarf an Eisenbahnmateriale, Lokomotiven, Dampfern, Maschinen, Geräten usw. bezahlen können, eine Steigerung der Ausbeute der Bergwerke und Hochöfen, sowie eine planmäßige Organisation der Ausfuhr wird daher allen sonstigen Wiederherstellungsarbeiten vorangehen müssen. Es ist kein anderer Weg denkbar. Es wäre grundfalsch, die Rohstoffgewinnung weiter zu vernachlässigen, wie dieses auch von seiten des ausländischen Kapitals bisher der Fall war. So groß an sich auch das ausländische Kapital in Rußland war, so betrug das produktive ausländische Kapital, das in der Industrie und dem Handel, in den öffentlichen Einrichtungen und den kommunalen Budgets tätig war — nach Ichchanian — noch nur 16,24 % von einer Summe von 14 % Milliarden *M.* Auf die Montanindustrie entfällt dabei nur ein Viertel dieser Summe von 2 368 020 800 *M.* Das ausländische Kapital hat für die russischen Produktivkräfte relativ nur wenig getan. Die Hebung dieser Produktivkräfte, die Förderung der Rohstoffgewinnung — Kohle, Naphtha, Metallen — wird in Zukunft Hauptaufgabe des ausländischen Ka-

pitals in Rußland sein, soll dem Riesenreiche im Interesse der Weltwirtschaft wirklich geholfen werden. Die übrigen Industrien Rußlands können erst in Frage kommen, wenn genügende Mengen Rohstoffe gewonnen sind, — sonst würde der schon heute katastrophalen Verschuldung Rußlands noch weiter Vorschub geleistet werden. Die Kohle wird Rußland wohl nicht entbehren können, Naphtha dürfte jedoch in großen Mengen zur Ausfuhr gewonnen werden können und Roheisen, Erze, Gold, Platin usw. sollten zuerst vorwiegend als Kompensationsobjekte und Zahlungsmittel betrachtet werden. Ein derartiges Wiederaufbauprogramm würde Rußlands Volkswirtschaft nicht schädigen, denn die vollkommene Wiederherstellung der Montanindustrie und ein planmäßiger Ausbau derselben verschoben das allgemeine Bild der Produktion nicht allzu wesentlich. Rußlands Bedarf an Maschinen und Apparaten ist vor dem Kriege nur in einem Umfange von 47 % durch die inländische Metallindustrie gedeckt worden, die restlichen 53 % sind aus dem Auslande eingeführt worden. Jetzt wären vorläufig die Hauptmengen des Bedarfs, der natürlich durch die vielen Zerstörungen und Stillegungen in der Metallindustrie usw. riesenhaft angewachsen ist, aus dem Auslande zu decken, dafür aber eine Rohstoffausfuhr anzustreben, die die Kosten dieser Einfuhr von Maschinen usw. wenigstens teilweise decken würde. Mit diesem Wiederaufbauprogramm wäre nicht nur Rußland, sondern auch der übrigen Welt am ehesten gedient. Ganz abgesehen davon, daß es praktisch die größten Aussichten bietet, da ein Teil der Erzlagertstätten in der Nähe der Schwarzmeerehäfen liegt, die Ausfuhr also bald in die Wege geleitet werden könnte — sind die russischen Erze und Metalle, ebenso wie Naphtha gerade das, was die Welt am meisten braucht. Besonders Deutschland. Durch den Verlust von Lothringen und Luxemburg ist der Anteil Deutschlands an den Eisenerzvorräten Europas von 32,5 % auf 10,8 % gesunken. Unsere Eisenindustrie wird also fast vollständig von dem Bezuge ausländischer Erze abhängig sein. Da andererseits Rußland für uns als Abnehmer von Fabrikaten und Maschinen in erster Linie in Frage kommt, so ergibt sich hier eine Ergänzung der beiderseitigen Bedürfnisse in einer so vollkommenen Weise, daß wir ein Lebensinteresse daran haben die russische Montanindustrie sobald als möglich tatkräftigst zu fördern. Die Sowjetregierung hat ein großes Projekt der Vergebung von Wald- und Eisenbahnkonzessionen

ausgearbeitet und sich unter gewissen Bedingungen bereit erklärt, ihren Holzreichtum im weitesten Umfange zur Ausfuhr zur Verfügung zu stellen. Wichtiger jedoch als die Ausnutzung der Holzmassen wird die der Erze sein; die von der derzeitigen russischen Regierung erwogenen Konzessionsvergaben werden daher wohl auf die Bergwerke ausgedehnt werden müssen. In Zukunft dürfte dieses Bild sich verschieben, da das russische Kapital kaum imstande sein dürfte, auch nur einen Bruchteil seiner Unternehmungen wieder in Betrieb zu setzen. Es wird also ein Werk des ausländischen Kapitals, ausländischer Organisation und Techniker sein müssen, Rußland erst mal zur Ausfuhr seiner Rohstoffe zu verhelfen. Von einem einzigen der interessierten Länder wird diese Riesenaufgabe kaum bewerkstelligt werden können, nur als gemeinsame Aktion einer ganzen Gruppe von kapitalkräftigen Ländern ist der russische Wiederaufbau denkbar. Daß hierbei Kapital und Arbeit sich in gleichem Maße verteilen, wird nicht notwendig sein, — die deutschen Techniker, Ingenieure und Arbeiter brauchen daher nicht zu fürchten, daß die Vorzugsstellung, die sie von jeher in Rußland einnahmen, Beeinträchtigung erlebt. Einen Vorsprung wird das Land haben, das die Bedürfnisse und Nöte der russischen Volkswirtschaft am klarsten erkennt und nicht als Ausbeuter, sondern als Mitarbeiter in Rußland auftritt. Deutschland befindet sich da in einer besonderen Lage: es ist auf die russischen Rohstoffe in einem Maße angewiesen wie kein anderes Land. Es kann den Deutschen daher nicht daran gelegen sein Rußland auszubeuten, sondern ihm zu helfen, um Gewähr für eine dauernde wirtschaftliche Ergänzung der beiderseitigen Bedürfnisse zu schaffen. Es ist ein Austauschprogramm zu schaffen, welches die Mengen der Rußland zu liefernden Waren den Mengen der geförderten Rohstoffe angleicht, es sind Operationen von langer Dauer zu entwerfen, die in vorgesehener Tempo eine Steigerung voraussehen — und nicht Rußland bei der Oeffnung der Grenzen wahllos mit Waren zu überschwemmen, bevor noch die Wiederaufbauarbeiten selbst begonnen haben. Die Gewinnung von Kohle, Naphtha, Erzen usw. wie die mit diesen Rohstoffen zu bezahlende Instandsetzung der Verkehrsmittel ist für die russische — wie deutsche — Volkswirtschaft wichtiger wie die Ausnutzung und Befriedigung des russischen Warenhungers.

Dr. Hans von Eckardt

Die südafrikanische Union

Aus der Landwirtschaftsstatistik der Union für das Jahr 1919 veröffentlichen die „Commerce Reports“ vom 1. 10. 20 wertvolle Übersichten, deren Wiedergabe im Auszug sich lohnt:

Von insgesamt 77 094 Farmen befanden sich 31 063 in der Kapprovins, 7871 in Natal, 21 777 in Transvaal und 16 383 im Orange Freistaat.

Das gesamte Farmland von 189 421 503 acres verteilt sich wie folgt: Kap 119 461 500, Natal 9 097 400, Transvaal 30 641 100, Orange Freistaat 30 210 500 acres.

Von dem Farmland sind etwa 14 Mill. acres unter Bearbeitung. In 1919 waren 990 000 acres mit Weizen, 132 000 mit Gerste, 675 000 mit Hafer, 140 000 mit Roggen und 4 420 000 acres mit Mais bestellt.

Die Ernteerträge brachten (in 1000 short tons):

Weizen	240	Gerste	25	Hafer	100
Mais	870	Negerhirse (Kafferkorn)	53	Kartoffeln	103
Gerstenstroh	20	Haferstroh	280	Tabak	7091
Baumwolle	709	Tee	2313		

Käse wurden 183 t, Butter 3950 t und Speck 944 t gewonnen.

An alkoholischen Getränken wurden 376 000 hl Weißwein und 195 000 hl Rotwein, 2860 hl Brantwein aus Wein, 3799 hl Brantwein aus Trauben hergestellt, außerdem 5399 hl Essig.

Der Viehbestand in der Union betrug (in 1000 Stück):

Rinder	5575	Pferde	695	Maultiere	81
Esel	499	Schweine	724	Wollschafe	23 548
Fleischschafe	4943	Angoraziegen	2697	And. Ziegen	3 146
Stranße	282	Hühner	4868	Truthähne	221
Enten	368	Gänse	244		

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

Infolge der Trockenheit ist die Weizenernte nicht nach Erwartung ausgefallen, auch die Herstellung von Butter hatte schwer darunter zu leiden.

Die Weizenernte für 1919 betrug ungefähr nur die Hälfte von der des vorigen Jahres (1919: 1637,58 hl, 1918: 2805,55 hl). Da Südafrika selbst ungefähr 3055,55 hl Weizen verbraucht, so mußten ungefähr 1388,88 hl gedeckt werden. Die gesamte Weizeneinfuhr für das Jahr 1919 aber nur 209,25 hl, so daß man 31 228 t Weizenmehl einführen mußte (1918: 13 545 t).

Das erste Mal in der Geschichte der Zuckerindustrie übertraf die Ernte den örtlichen Bedarf; sie betrug 152 000 t, das ist eine Zunahme von 48 000 t gegen 1918. Ungefähr 290 000 Morgen in der Provinz Natal sind der Zuckerpflanzung gewidmet und ca. 15—20 000 Europäer sind davon abhängig. Der Preis und die Ausfuhr sind von der Regierung geregelt (in Natal 4½ d und im übrigen Südafrika 5 d je lb).

Baumwolle ist auf ungefähr 15 000 acres gepflanzt in Natal und Zululand, und man nimmt an, daß 1919 ca. 3 Mill. lb Baumwollsaat geerntet wurde. Da keine Spinnereien in Südafrika sind, wird die Gesamternte an Baumwolle nach Europa geschickt (1919: 145 t). Der Durchschnittspreis betrug 16 d je lb.

Ca. 24 000 acres sind unter Tabakpflanzung und ergaben eine Ernte von ca. 15 Mill. lb. im Jahre 1917/18. Infolge klimatischer Einwirkungen erwartet man von der Ernte 1919/20 nur ca. 10½ Mill. lb. Die Einfuhr fremder Tabake nimmt von Jahr zu Jahr ab (1913: 1033 910 lb, 1919: 354 812 lb), dagegen nimmt die Ausfuhr zu.

Früchte. 1919 waren über 2½ Mill. Apfelsinen- und Zitronenbäume angepflanzt, außerdem waren ca. 2¼ Mill. Apfelbäume, 1¼ Mill. Aprikosen-, 100 000 Mango-, 206 000 Nektarinepfirsich-, 6 Mill. Pfirsich-, 789 000 Birnen-, 1¼ Mill. Pflaumen- und 2½ Mill. andere Frucht bäume im Lande.

Der größte Teil der Früchte wird in der Kapkolonie gezogen und findet teils in frischem, vor allem aber in getrocknetem Zustande einen guten Absatz auf dem europäischen Markte.

Infolge des Krieges war die Nachfrage nach Straußenfedern gering, aber seit 1918 sind Nachfrage und Preise ungeheuer gestiegen (1913: 1023 300 lb Ausfuhr, 1918: 108 900, 1919: 904 611 lb). In der hauptsache wurde nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten ausgeführt.

Auf die künstliche Bewässerung beabsichtigt die Regierung bis zu 400 000 £ jährlich zu verwenden. Die größte Anlage wird der Hartbeestpoort-Damm über den Krokodilfluß sein. Der Damm wird 61 m hoch sein und über 5 Milliarden Kubikfuß Wasser halten.

Der Handel gestaltete sich 1919 recht günstig. Infolge der hohen Preise für alle Produkte wurden die Verluste, die infolge der Trockenheit entstanden waren, wieder gut gemacht. Trotz der hohen Preise war Geld im Überfluß vorhanden und die Kauflust regte.

Der Wert des Gesamthandels war 1919 der größte seit der Bildung der Union und belief sich auf 160 224 375 £ gegen 136 951 913 £ in 1918. Die Ausfuhr betrug — Rohgold eingeschlossen — 101 373 089 £, die Einfuhr 5 851 286 £. Am Wert der Ein- und Ausfuhr waren die einzelnen Länder mit folgenden Prozentsätzen beteiligt:

	Einfuhr in die Union				Ausfuhr aus der Union			
	1910	1913	1918	1919	1910	1913	1918	1919
Großbritannien .	59,0	54,4	54,1	45,4	79,8	80,4	48,0	57,2
Brit. Besitzungen	10,7	11,9	14,6	16,3	0,5	2,5	10,9	8,1
insbes.: Kanada .	1,9	2,2	1,9	3,4	—	—	—	—
Indien . . .	2,3	2,8	7,0	5,4	—	—	—	—
Australien	4,7	5,2	2,4	3,4	—	—	—	—
Ver. Staaten . . .	7,8	9,5	13,8	24,1	2,1	2,0	18,5	15,3
Japan	0,2	0,3	5,6	3,7	—	—	8,6	7,2
Deutschland . . .	10,3	8,8	—	0,1	9,3	8,1	—	—

Von Südwest wurden für 376 932 £ Vieh, für 101 678 £ Häute und Felle und für 8285 £ Düngemittel eingeführt.

Die hauptsächlichste Zunahme der Einfuhr sowohl in Zahl als auch im Wert zeigten Motorwagen. Es wurden 4000 Stück mehr in 1919 eingeführt als 1918. Der Wert der Motorwagen war um 988 095 £ höher als 1918. Die Einfuhr

von Woll- und Baumwollwaren ging zurück infolge einer Überladung des Marktes in den vorhergehenden Jahren.

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln hat seit 1913 beständig abgenommen, dagegen hat die Ausfuhr seit dieser Zeit das Sechzehnfache erreicht. 1913 betrug die Einfuhr 19,6 % der Gesamteinfuhr, 1919 aber nur noch 10,3 %. Der Rückgang der Einfuhr war vor allem sehr bemerkenswert in Weizen (1913: 5,74, 1919: 0,81 Mill. bushel). Ähnlich war es auch mit Weizenmehl (1913: 0,87, 1919: 0,29 Mill. barrels).

Nachstehende Aufstellung zeigt die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel nach Menge und Wert für die Jahre 1913, 1918, 1919:

		Menge in Tausenden			Wert in 1000 £		
		1913	1918	1919	1913	1918	1919
Asbest	shorttons	1	4	6	18	67	101
Sprengmittel	"	0,5	2	1	42	183	96
Kohlen	"	2308	12084	1092	1610	1197	1076
Diamanten . .	Karat	5504	2572	2752	11495	8279	13379
Straußfedern	shorttons	512	0,05	0,5	3422	103	1907
Butter	"	0,05	4	0,4	4	299	40
Kaffee	"	0,04	0,7	—	2	47	3
Jams	"	0,3	2	5	9	118	241
Weizenmehl . .	"	0,5	4	3,4	4	86	77
Maismehl . . .	"	2,8	98	213	19	665	1863
Mais	hl	147	3275	1584	65	16	1149
Hafer	"	49	87	555	13	29	193
Eier	Stück	1480	1714	7133	9	12	62
Fleisch	t	0,1	10	23	6	499	1114
Zucker	"	0,2	3	19	3	70	433
Zuckerwaren	"	6	0,4	5	15	3	57
Wein	hl	3	21	18	1	51	107
Felle: Rindv.	t	11	7	10	798	562	1072
Ziegen	"	5	3	6	327	406	1080
Schafe	"	16	13	20	893	1334	2837
Waldfischöl . .	hl	99	26	21	123	63	52
Seife	t	0,1	2	1	1	72	29
Wolle	"	89	58	92	5718	23842	17947

Die Wiederausfuhr von importierten Waren betrug 1918 4 050 233 £ und 1919 39 801 237 £. Die Hälfte davon wurde nach afrikanischen Besitzungen wiederausgeführt, wie überhaupt 20 % der gesamten südafrikanischen Ausfuhr nach anderen afrikanischen Besitzungen ging. Nach Südwest allein wurden in 1918 für 1035 043 £ und in 1919 für 1138 978 £ versandt.

Vom 1.9.19 ab gewährte Großbritannien seinen Besitzungen einen Vorzugszolltarif für einen großen Teil ihrer Erzeugnisse. Artikel wie Tee, Kakao, Kaffee, Zichorie, Korinten, getrocknete Früchte, Zucker, Syrup, Saccharin, Spiritus für Industriezwecke und Tabak zahlen nur 5% des vollen Tarifs. Für Motorwagen, Musikinstrumente, bzw. Teile davon, Uhren- und Kinofilms sind nur 2/3 des Tarifsatzes zu zahlen. Südafrika gewährt dagegen 3 % auf die meisten Waren, die von Großbritannien und seinen Kolonien eingeführt werden.

Da in den meisten Ländern die Regierungen noch die Kontrolle über die Schiffe ausübten, so stand verhältnismäßig wenig Schiffsraum zur Verfügung. 1919 liefen nur 998 Dampfer und 77 Segelschiffe mit 3 617 000 t an (gegen 1913: 1539 und 68 mit 5,35 Mill. t) und nur 969 Dampfer mit 3 586 000 t (1913: 5,3 Mill. t) Ladung konnten abgefertigt werden.

Die Eisenbahnen haben ein vorzügliches Jahr zu verzeichnen; sie beförderten 6,6 Mill. t Waren neben 7,6 Mill. tons Kohlen.

Die Bergwerksproduktion wird für das Jahr 1919 auf 51 014 000 £ veranschlagt, das sind 3,6 Mill. £ mehr als 1918. Die Goldausbeute war um 86 566 Unzen zurückgegangen, dagegen hat die Ausbeute an Silber, Diamanten und Kohlen zugenommen. Die Kupferausbeute ist um beinahe 2000 t zurückgegangen.

Die Verschiedenheit der Ausbeute und Preise zeigt folgende Tabelle: Mengen in Tausenden Wert in 1000 £

	1918	1919	1918	1919
Gold.....	8418 Unzen	8332 Unzen	35880	35511
Silber.....	877	891	159	204
Diamanten...	2543 Karat	2592 Karat	6985	11278
Kohlen.....	9878 t	10262 t	3259	3442

Da sich die Goldminen mehr oder weniger nicht rentieren, hat man bekanntlich die Regierung verschiedentlich um Hilfe angegangen, aber vergebens.

Durch den freien Markt für Gold hat sich die Industrie etwas erholt, trotzdem die Förderungskosten um 6 Mill. £ im letzten Jahre gestiegen sind.

Früher und während des Krieges wurde das Gold in London auf den Markt gebracht und wurde pari in britischer Münze bezahlt; Fracht und sonstige Unkosten wurden von den Minen getragen. Infolge des Sinkens der britischen Valuta war es nötig, Prämien zu zahlen, sobald die Ausfuhr von Gold nach den Vereinigten Staaten gestattet wurde.

Der Preis für die Unze Gold stieg infolge der Prämien von 77 s 6 d auf 114 s 6 d Ende des Jahres. Man arbeitet jetzt am Bau einer Münze in Südafrika als Filiale der Londoner Münze. Sie kann aber nicht arbeiten, ehe die Prämien wieder in Wegfall gekommen sind.

Die Diamantenindustrie hatte ein sehr günstiges Jahr. Die Ausbeute betrug 1918: 2543735 und 1919: 2592099 Karats (48364 Zunahme im Wert von mehr als 4 Mill. £).

Es ist ein Übereinkommen abgeschlossen zwischen der Regierung und verschiedenen Diamant-Großindustriellen, wonach letztere mit einem Kapital von 2 Mill. £ eine Gesellschaft zur Errichtung einer Diamantschleiferei bilden.

Trotzdem der Kohlenförderung viel Hindernisse in den Weg gelegt waren, wurden 1919 10261859 t Kohle gefördert, das sind beinahe 400000 t mehr als 1918. Davon kommen 60 % von Transvaal und 30 % von Natal, der Rest aus der Kapprovins und dem Orange Freistaat. 1919 wurden 1092010 t exportiert (1915: 506551 t).

Der Hochofen, der 1918 in Pretoria errichtet wurde, hat sich so bewährt, daß 1919 in Transvaal und Natal weitere Hochofen gebaut wurden.

Alle Fabriken, auch die während des Krieges errichteten, haben vollauf zu tun und können der Nachfrage noch nicht gerecht werden. Während man 1915/16 nur 3998 Fabriken hatte, ist die Zahl heute auf 133783 gestiegen.

Hans Zache

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	23. 11.	23. 11.	23. 11.	23. 11.
	fl.	fl.	fl.	fr.
Amsterdam .. 100 fl	2037,50	2047,95	—	194,90
Barcelona ... 100 Pesetas	928,75	884,10	43,50	84,25
Berlin 100 M	—	—	4,80	10,10
Brüssel 100 fr	445,—	454,50	21,45	41,80
Bndapest 100 K	16,—	15,28	—	—
Buenos Aires. 100 Pesos ..	—	—	—	225,—
Helsingfors .. 100 FM	150,—	135,85	—	—
Kopenhagen .. 100 Kr	905,—	916,55	44,40	88,—
Kristiania ... 100 Kr	882,50	909,05	44,50	86,—
London 1 £	233,—	239,75	11,45	22,34
Madrid 100 Pesetas	928,75	884,10	43,50	84,25
New York 1 \$	66,87½	68,93	3,23½	6,34½
Paris 100 fr	422,50	417,05	20,30	39,75
Prag 100 K	86,50	86,13	—	8,25
Rom 100 Lire ..	255,—	258,70	12,75	24,60
Stockholm ... 100 Kr	1275,—	1296,20	63,25	122,50
Wien 100 K neu.	21,—	20,77	1,02	2,—
Zürich 100 fr	1060,—	1043,95	51,32	—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	22. 11.	22. 11.	19. 11.	22. 11.	22. 11.
	K	K	fr	*)	\$
Amsterdam. 100 fl	15550,—	—	503,80	11,43½	—
Berlin 100 M	721,50	119,25	22,50	254,50	1,42
Kopenhagen 100 Kr	6837,—	—	—	—	—
London 1 £	—	—	57,95	—	3,45 60 1/2
New York ... 1 \$	—	—	16,79	3,49½	—
Paris 100 fr	—	—	—	58,57½	6,25
Wien 100 K	—	16,25	—	—	—
Zürich 100 fr	7975,—	—	260,—	22,25	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten in 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
	22. 11.	23. 11.	23. 11.	23. 11.	22. 11.
Reichsmark	-91,90	-91,82	-86,72	-90,15	+513,73
Dt. österr. Krone	-97,95	-98,22	—	—	—
Fränkös. Frank.	-57,71	-60,25	-35,42	-54,89	—
Pfund Sterling ..	-5,45	-11,42	+4,19	-0,01	—
Dollar	+30,03	+22,43	+95,17	+37,77	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	15. 11.	20. 11.
Alexandrien.....	977/16 d pari	977/16 d pari
Bombay/Kalkutta....	1 s 77/8 d—1 s 81/8 d	1 s 73/16 d—1 s 85/16 d
Hongkong.....	3 s 10 1/2 d—4 s 11 1/4 d	3 s 8 1/4 d—3 s 9 d
Schanghai.....	5 s 2 d—5 s 3 1/2 d	4 s 11 d—5 s 0 1/4 d
Singapore.....	2 s 3 11/16 d—2 s 3 31/32 d	2 s 3 11/16 d—2 s 3 31/32 d
Yokohama.....	2 s 11 3/4 d—3 s 0 d	2 s 10 3/4 d—2 s 11 1/4 d
Montevideo T. T.....	54 1/4 d—55 1/4 d	52 5/8 d—53 5/8 d
Rio de Janeiro.....	11 3/4 d	11 5/8 d
Buenos Aires T. T.....	53 d—56 1/2 d	51 7/8 d—52 7/8 d
Valparaiso 90 T.....	9 29/32 d	9 9/16 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die von der ungarischen Räterepublik ausgegebenen Falsifikate der österreichisch-ungarischen Banknoten von 200 und 25 K verlieren nach einer Verordnung des Finanzministeriums mit dem 11. 11. in Ungarn ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Eine Umwechslung gegen gesetzliche Zahlungsmittel durch die Staatskassen erfolgt nur bis zum 30. 11., ihre Einlösung durch die Österreichisch-Ungarische Bank kann nicht gefordert werden. Die Umwechslung der 200 K-Noten erfolgt gegen 40 K, der 25-K-Noten gegen 5 K. („Industrie- u. Handelsztg.“, Nr. 263 v. 19. 11. 20.)

Die Bewegung des Goldvorrats der Vereinigten Staaten war folgende: 1.7.19 1.10.19 1.3.20 1.10.20
Betrag in Mill. \$ 3095 2906 2721 2705
(„Wall Street Journal“, Nr. 93 v. 22. 10. 20.)

Folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Geldumlaufs in den Vereinigten Staaten vom 1. 7. 19 bis 1. 10. 20 (in Mill. \$):

	1. 7. 19	1. 10. 19	1. 7. 20	1. 10. 20
Goldmünzen	1173	1048	835	835
Goldzertifikate	542	429	391	387
Silberdollars	82	82	134	136
Andere Silbermünzen ..	232	236	251	259
Silberzertifikate	169	159	119	123
Treasury notes von 1890	2	2	2	2
United States notes	333	329	337	337
Federal Reserve notes ..	2494	2668	3122	3278
Federal Res. Bank notes	164	202	199	230
National Bank notes....	650	653	696	710
Zusammen	5841	5807	6085	6298

(„Commercial and Financial Chronicle“, Nr. 2887 v. 23. 10. 20.)

Staatsanleihen

Die Schuld Litauens gegenüber Deutschland beträgt nach einer Mitteilung des litauischen Finanzministers 100 Mill. M., wogegen für 1 Milliarde M. deutsches Papiergeld in Litauen im Umlauf ist. Ferner wurde eine Anleihe von 5 Mill. \$ in den Vereinigten Staaten zur Unterstützung der dort ansässigen Staatsangehörigen, deren Zahl auf 1 Mill. geschätzt wird, aufgenommen. Die im Jahre 1919 ausgegebene 5 % innere Anleihe in Höhe von 30 Mill. M. ist bis auf 1 1/2 Mill. getilgt. („Nieuwe Rotterdamse Courant“, Nr. 319 v. 17. 11. 20.)

Die Einziehung der Liberty bonds und Victory notes der Vereinigten Staaten erfolgt durch Rückkäufe aus dem Amortisationsfonds und durch Annahme an Zahlungsstatt bei der Erbschaftsteuer. Die Höhe der bis zum 30. 9. 20 einbezogenen Beträge zeigt folgende Übersicht (in Mill. \$):

	Ausgebener Betrag	Am 30. 9. ausstehend	Ein-gezogen
1. Liberty loans....	1 989	1 952	37
2. „.....	3 808	3 324	484
3. „.....	4 176	3 650	526
4. „.....	6 965	6 366	598
Victory notes.....	4 495	4 241	254
Zusammen ..	21 433	19 534	1 899

(„Wall Street Journal“, Nr. 93 v. 22. 10. 20.)

Seit 1. 1. 20 wurden in den Vereinigten Staaten folgende neuen Staats- und Stadtanleihen aufgenommen:

	Betrag	Zinsfuß	Fälligkeit	Ausg.-Kurs
Belgische Anleihe...	50 Mill. \$	7 1/2 %	1945	97 1/4
Belg. Schatzscheine ..	18,6 „ „	6 „	1925	95 3/4
Belg. Schatzscheine ..	6,4 „ „	6 „	1921	99
Christiania Anleihe ..	5 „ „	8 „	1945	99
Französische Anleihe ..	100 „ „	8 „	1945	100
Ital. Schatzscheine ..	25 „ „	6 1/2 %	1925	97 1/2
Norwegische Anleihe ..	20 „ „	8 „	1940	100
Schweizer Anleihe ..	25 „ „	8 „	1940	100
Zusammen ..	250 Mill. \$			

(„Journal of Commerce“, Nr. 293 v. 22. 10. 20.)

Die bolivianische Regierung hat bei einheimischen Banken eine Anleihe von 11,6 Mill. Pesos aufgenommen, deren Ertrag zur Rückzahlung der französischen Anleihen von 1910 und 1913 verwendet werden soll. Diese Anleihen belaufen sich auf 63 Mill. fr. („Times“, Nr. 42 563 v. 9. 11. 20.)

Der Umtausch der 5 % Anleihen Columbiens von 1910 und 1913, der ursprünglich am 25. 10. statfinden sollte, wird am 22. 11. zum Kurs von 50 1/4 fr erfolgen. („Information“, Nr. 319 v. 16. 11. 20.)

Neugründungen und Kapitalerhöhungen im Oktober 1920

Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Bil.-Kap. in 1000 M. Ausg.- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausg.- kurs in %
Bauxitwerke A.-G. ...	Frankfurt	Erzbergwerk u. Hüttenbetrieb	7000 100	— —
Siegen-Solinger Guß- stahl Aktien-Verein.	Solingen	„	— —	900 V100
Hubertus, Braun- kohlen-A.-G.	Brüggen	Kohlenbergbau	— —	4500 200
Consolid. Alkaliwerke	Westsegehn	Salz, Kali	— —	1000 V100
Bayer-Portlandcement- wk. Marienstein A.-G.	Marienstein	Zement	— —	1250 107
Ver.-Chamottefabriken (vorm. C. Kulmiz)	Saarau	Chamotte	— —	3750 —
Ad. Deidesheimer A.-G.	Neustadt H.	Steingut, Ofenb.	— —	211 100
Steingutwerke A.-G. ..	Breslau	„	300 100	— —
Ilmenau Porzellan- fabrik A.-G.	Ilmenau	Porzellan	— —	432 112
Glashütte, vorm Gebr. Siegwart & Co.	Stolberg Rhl.	Glas	— —	240 100
Max Kray & Co., Glas- ind. Schreiber A.-G.	Berlin	„	— —	1800 110
A.-G. für Hüttenbedarf	Düsseldorf	Metallverarbgt.	300 100	— —
Jessinghaus & Co. ..	Fench	„	— —	1200 100
Bayer. Eggenfab. A.-G.	„	„	— —	— —

V = Vorzugsaktien.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Bil.-Kap. in 1000 M. Ausg.- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausg.- kurs in %
Bosch Metallwerk A.-G.	Feuerbach	Metallverarbgt.	— —	800 V100
Domag, Dortmunder Metallindustrie A.-G.	Dortmund	„	300 100	— —
Eisen- und Drahtwerk Erlan A.-G.	Aalen	„	— —	71 100
Herm. Franken A.-G. ..	Gelsenkirch.	„	— —	800 100
Glockenstahlwke A.-G.	Remscheid	„	— —	4000 1)
Moll-Werke A.-G.	Scharfenstein	„	— —	1200 110
Otto Müller A.-G.	Berlin	„	— —	700 110
Nordwestdent. Metall- waren-Fabriken A.-G.	Osnabrück	„	— —	300 100
Ofen- und Herdfabrik Bretten A.-G.	Bretten	„	1200 100	— —
Rodi & Wienberger A.-G. für Bijouterie- Kettenfabrik	Pforzheim	„	— —	4500 2)
A.-G. Arbeitsgemein- schaft ver. Ziviling.	Berlin	Maschinen- und Armaturenfabr.	300 100	— —
Allg. Rohrleitung A.-G.	Düsseldorf	„	— —	400 100
Auerbach & Scheibe A.-G.	Saalfeld	„	— —	700 100
Benz & Cie., Rhein.Au- tomob. u. Motorfab.	Mannheim	„	— —	2000 V100
Carlshütte, A.-G. für Eiseng. u. Masch'bau	Altwasser	„	— —	1500 143
„Cito-Werke A.-G.“ ..	Köln	„	— —	1034 100
Dingler'sche Maschi- nenfabrik A.-G.	Zweibrück.	„	— —	3200 3)
Dürkoppwerke A. G. .	Bielefeld	„	— —	5000 145
Grimme, Natalis & Co., Kommanditg a. Akt.	Braunschw.	„	— —	631 4)
Fr. Groß jr. A.-G.	Halle	„	— —	350 100
J. C. Hedermann A.-G.	Badbergen	„	— —	300 108
C. G. Haubold A.-G. ...	Chemnitz	„	— —	2500 115
Junkers Flugzeugwerk A.-G.	Dessau	„	— —	900 100
Kleinautoban A. G. ..	Greiz	„	1000 100	— —
Gebr. Kföting A.-G. .	Linden b. H.	„	— —	6000 122
Masch'fb. Esterer A.-G.	Altlatting	„	— —	500 100
Maschinenfabrik Carl Zangs A.-G.	Krefeld	„	4000 100	— —
Obrima-automatische Waggonbau A.-G. ...	München	„	— —	300 110
Prestowerke A.-G. ...	Chemnitz	„	— —	4000 117
Schnbert & Salzer ...	„	„	— —	8000 150
Siegener A.-G. f. Eisen- konstrukt., Brücken- bau und Verzinkerei	Geiswald	„	— —	300 V100
A. Ludwig, Steinmetz- A.-G.	Remscheid	„	3500 100	— —
Trier Eiseng. u. Masch.- Fabrik, vorm. Aug. Feuerstein A.-G. ...	Trier	„	— —	250 105
Waggonfabrik A.-G. ...	Merdingen	„	— —	5000 100
Waggonfabrik Johs. Rathgeber A.-G.	München	„	— —	5500 5)
R. Wolff A.-G.	Magdeburg	„	— —	18500 120
Zittauer Maschinen- fabrik A. G.	Zittau	„	— —	1000 112 1/2
Zwickaner Masch'fabr.	Zwickau	„	— —	1500 110
Kieler Eisenbetonwerft A.-G.	Kiel	Schiffsbauanst.	2000 108 6)	— —
Otto-Werft, A.-G. für Schiff- u. Masch'bau	Hamburg	„	6000 100	— —
Reihenstieg Schiffswft. u. Maschinenfabrik ..	„	„	— —	4000 175
Robert Bosch A.-G. ...	Stuttgart	Elektrotechn.	— —	80 0 100
Elektrot. Fabrik A.-G.	Vacha a. W.	Industrie	— —	400 100
Felten & Guilleaume, Carlwerk A.-G.	Köln-Mühlh.	„	— —	60000 100
Max Kohl A.-G.	Chemnitz	„	— —	800 125
Land- u. Seekabel- werke A.-G.	Köln-Nippes	„	— —	6000 110

V = Vorzugsaktien. 1) 2000000 M. zu 110 %, 2000000 M. zu 200 %. 2) St.-A. ? zu 115 %, V ? zu 100 %. 3) 2200000 M. St.-A. zu 100 %, 1000000 M. V zu 100 %. 4) 434400 M. zu 100 %, 196800 M. zu 156 %. 5) 2750000 M. zu 100 %, 1750000 M. zu 135 % und 1000000 M. V zu 100 %. 6) Eingezahlt 25 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen		Kapitals- erhöhungen	
			Akt. Kap. in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %
Telephon-Fabrik von J. Berliner	Hannover	Elektrizitäts- Erzeugung	—	—	5000	118
Allg. Elektrizitäts-Ges. Elektra A. G.	Berlin Dessau	—	—	—	250000	7)
Kreis-Elektrizitätsver- sorg. Unterfranken.	Würzburg	—	5000	100	—	—
A. G. für chemische u. Montan Unternehm.	Berlin	Chem. Ind.	300	100	—	—
Behringwerke A. G. ..	Bremen	—	2500	8)	—	—
"Ego" A. G.	Kiel	—	450	110	—	—
Herald A. G. für che- mische Präparate ..	Berlin	—	5	100	—	—
Unger & Hoffmann A. G.	Dresden	Chemie	—	—	1100	112
Edmund Müller & Mann A. G.	Berlin	Farben, Bleistift	—	—	700	100
A. G. für restlose Ver- gasung	Frankfurt	Gaswerk	300	100	—	—
Deutsche Jurgens- Werke A. G.	Hamburg	Öle, Fette	100000	100	—	—
Erste deutsche Dampf- lebertransfabr. Oskar Neynaber & Co. A. G.	Geestemünde	—	—	—	850	110
Dt. Wollentfettungs- A. G.	Oberrhein	Wollwäsch	—	—	300	100
Grevenr. Baumwoll- spinnerei A. G.	Greven	Baumwollspinn- und -weberei	—	—	1000	100
Ant. Lamberts Chr. Sohn A. G. ...	M. Gladbach	—	—	—	1000	100
Mech. Baumwollsp. u. -web. Kempten A. G.	Kempten	—	—	—	1200	9)
Gehr. Schüller A. G. .	Venusberg	—	—	—	1500	100
Spinnerei u. Weberei Kottorn	Kempten	—	—	—	2400	130
Zwirner, Saxonia A. G.	Merane	Zwirnerei	—	—	600	100
Tüll u. Gardinenweb. A. G.	Planen	Spitzen-, Tüllf.	—	—	2200	118
Hans. Jutespinnerei u. -Weberei	Delmenhorst	Jutespinn.	—	—	2000	100
Jute Spinnerei und -Weberei Bremen ..	Bremen	—	—	—	2240	10)
Blank & Co. A. G. ...	Barmen	Text., Spez.-fb.	—	—	1300	100
Gebhardt & Co. A. G.	Vohwinkel	—	—	—	4750	107
Friedr. Ant. Köbke & Co. A. G.	Göpersdorf	—	—	—	1400	100
Friedrich-Wilhelms- Beiche	Brakwede	Färberei	—	—	258	100
Manufaktur Koechlin, Baumgarner & Co.	Lörrach	—	—	—	3000	100
A. G. f. Herren-Wäsche vorm Diestelmeier & Landwehrmann	Bielefeld	Bekleidg.	300	100	—	—
Heinrich Back, Hufb., A. G.	Berlin	—	—	—	550	100
Emil Paqué A. G. ...	Pirmasens	—	—	—	1750	108
Rauchwar.-Zurichterei u. Färberei A. G. vm. Loni Walters Nachf.	Markenstadt	—	—	—	2200	150
A. G. Papierfabr. Hegge	Kempten	Papierfabr.	—	—	1300	11)
Freiburger Papierfabr. zu Weißenborn	Weißenborn	—	—	—	1650	100
München Dachauer A. G. f. Masch.-Papierfb.	München	—	—	—	2000	120
"Neupa" A. G. f. Papier u. Papiervertrieb ...	Berlin	—	300	100	—	—
Oberpälz. Papier- und Pappf. Rosenh. A. G.	Rosenhof bei Gaisthal	—	300	100	—	—
Patentpapierf. zu Penig	Penig	—	—	—	1500	142½
Stett. Papier-u. Pappen- fabrik A. G.	Stettin	—	—	—	2000	110
Trapp & Münch A. G.	Friedberg	—	—	—	400	100
Nürnberg. Lederf. A. G. vm. Schreier & Nosa	Nürnberg	Lederfabr.	—	—	300	100
Südd. Lederwerke	St. Ingbert	—	—	—	1200	12)
A. G. für Holzhandel u. Holzbearbeitung ...	Frankfurt	Holzind.	300	100	—	—
Conr. Deines jun. A. G.	Hanau	—	—	—	400	100
Südd. Holzindstr. A. G. (früh. Parkettfabr. Ro- senh. Langenargess. A. G.	Fettwang	—	—	—	2700	100
Hannov. Gummiwerke "Excelsior" A. G. ..	Hannover	—	—	—	4000	110
Dannb. Walzmühle F. Wienninger A. G.	Bilshofe a. D.	Getr. Mühl.	1000	100	—	—
Leisniger Mühlen A. G.	Leisnig	—	—	—	100	100
Aktienbr. Karlsburg ..	Bremerhav.	Bierbrauereien	—	—	5	100
Bohrsch. Brauerei Con- rad Brenner A. G.	Stettin	—	—	—	1100	100
fr. Bohr. Bayr. Bierbr. Stettin. Brauerei A. G.	Stettin	—	—	—	250	100
Elysium	Zwickau	—	—	—	83½	120
Vereinsbr. zu Zwickau Max Hasse & Co. A. G.	Berlin	Mälzerei	—	—	900	110
fr. Erst. Berl. Malzf. F. Crepin, Getreidebr. u. Preßhefe-fabr. A. G.	Stettin	Sprit, Preßhefe	—	—	1000	110
Ver. Deutsche Wein- brennereien A. G. ...	Hannover	—	5000	100	—	—
Ver. Nord. u. Süddents. Spritwk. u. Preßhefe- fabr. Bast A. G. ...	Nürnberg	—	—	—	3450	107
Bonner Bürger Verein Georgs Geiling & Co. A. G.	Bonn	Weinbau	—	—	120	100
Nordd. Fischind. A. G.	Bacharach	—	—	—	1000	110
Bad. Obst u. Gemüse- Werke A. G.	Hamburg	Fischwarenind.	4000	110	—	—
Eisenbau Wyhlen A. G.	Waldshut	Nahrungsmittel	—	—	400	100
Grün & Biffinger A. G.	Wyhlen	Baugew.	—	—	500	100
A. G. f. Dt. Kunstgew. Berlin-Neurod. Kunst- anstalten A. G.	Mannheim	—	—	—	3500	110
F. Beckmann A. G. ...	Berlin	Vervielfältig., Kunst usw.	—	—	100	100
Internat. Handels A. G.	München	—	—	—	300	100
"Amstea" Americ Steel Engineering A. Auto- motiv Products A. G.	Berlin	Briefmarken	—	—	500	100
Continent. Hand. A. G.	Hamburg	—	—	—	295	100
Colsumver. zum Baum	Großenhain	Handel	—	—	3700	100
Fleischwaren-Industr. A. G. (Fliag)	Berlin	—	1000	100	—	—
Int. A. G. f. Waren-Aus- tausch. Soc. Internat. pour l'Exchange des Marchandises S. A.	Berlin	—	—	—	50	112½
Intern. Rohstoff A. G.	Berlin	—	5	100	—	—
Soc. Intern. pour des Mater. Premier. S. A.	Berlin	—	5	100	—	—
Internat. Waren A. G.	Berlin	—	5	100	—	—
Soc. Intern. pour des Marchandises S. A.	Berlin	—	5	100	—	—
Int. Warenaustausch "Iwa" A. G.	Berlin	—	—	—	1700	100
Kulmann & Cie., Ver- triebs A. G.	Berlin	—	200	100	—	—
Nordd. Grundstücks- A. G.	Berlin	Immobil. Bank	300	100	—	—
Bank für Brau-Ind. ...	Berlin	—	—	—	3000	114
Berg. Bank A. G. früh. Lüttringh. Bk. A. G.	Lüttringhausen	—	1000	100	—	—
Braunschweig. Bank u. Kreditanstalt A. G.	Braunschweig	—	—	—	5000	118
Bresl. Viehmarkts. und Handels-Bank A. G.	Breslau	—	—	—	1499	100
Dtsch. Handelsbk. A. G.	Frankfurt	—	—	—	1500	100
Dürener Bank	Düren	—	—	—	15000	117
Int. Industrie- u. Han- delsbank A. G.	Berlin	—	300	100	—	—
Leipz. Handels- u. Ver- kehrs-Bank A. G. ...	Leipzig	—	—	—	580	200

7) 185 000 000 M. zu 105 %, 65 000 000 M. zu 107 %. 8) 900 000 M. zu 100 % und 1 600 000 M. zu 110 %. 9) 1 000 000 M. zu 120 %, 200 000 M. Zuzahlung der Gesellschaft. 10) 2 100 000 M. zu 122 %, 140 000 M. V. zu 100 %. 11) 1 200 000 M. zu 100 % und 100 000 M. zu 150 %. 12) 1 000 000 M. zu 130 % und 200 000 M. V. zu 108 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen		Kapitals- erhöhungen	
			Akt.-Kap. in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %
Nationalbk. f. Deutsch- land, Kommanditges.	Berlin	Bank	150000	13)	—	—
a. Akt.						
Nord. Bankverein A. G.	Plauen	"	—	—	300	100
Plauener Bank						
Allg. Finanzierungs- Assekuranz A. G. ...	Berlin	Versichg.	200	100	—	—
Berlin. Allg. Vers.-A. G.						
Berl. Rück. Vers.-A. G.	"	"	5000	115	—	—
„Kosmos“ Mit. u. Rück- vers.-A. G.						
„Pharus“ Allg. Vers.- A. G.	"	"	3000	100	—	—
Wickinger Lloyd						
Transp.-Vers.-A. G.	"	"	—	—	3800	115
Transp.-Vers.-A. G.						

13) Früher Nationalbank für Deutschland. Fusion mit der Deutschen Nationalbank, Kommanditges. auf Aktien in Bremen, erhöht um 18 000 000 M. zu 132 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen		Kapitals- erhöhungen	
			Akt.-Kap. in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %
Westfalen Reederei	Emden	Reederei	5000	100	—	—
A. G.						
Gebr. Vetter Reederei	Frankfurt	"	200	100	—	—
A. G.						
Westf. Transport-A. G.	Dortmund	Flußschiff.	—	—	3000	110
Hotel A. G.						
A. G. Bad Salzschlirf.	Salzschlirf	Bäder	—	—	300	135
Deutsche Bergin A. G.						
für Kohlen- u. Erdöl- chemie	Berlin	Sonstiges	1000	100	—	—
Ver. Spez.-Betriebs-A.						
G. f. Hand. u. Ind.-Int.	Düsseldorf	"	100	100	—	—

Zusammen 3132701¹⁴⁾ 546155

14) Davon sind 132 Mill. als Grundkapital der fusionierten Banken (s. Anm. 13) in Abzug zu bringen.

Tab. Landau

Schiffahrt und Schiffbau

Deutschland

Wiedereröffnung des Passagierdienstes Hamburg—New York.

Mit Beginn des neuen Jahres wird die Hamburg-Amerika Linie in Verbindung mit den United American Lines den Passagierdienst auf der Route Hamburg-New York wieder aufnehmen. Der am 25. 12. von New York abfahrende Dampfer „Mount Clay“ soll die Reihe der regelmäßigen Expeditionen beginnen, seine erste Abfahrt von Hamburg wird am 15. 1. stattfinden. Es ist beabsichtigt, den Dienst zunächst als Wochen-dienst auszugestalten.

Der Wiedereintritt der Hamburg-Amerika Linie in die transatlantische Passagierbeförderung darf als ein für die Wiederbelebung des hamburgischen Überseeverkehrs bedeutungsvolles Ereignis gewertet werden. Wenn auch der Gesellschaft zurzeit eigene für den Passagierverkehr verwendbare Schiffe noch nicht zur Verfügung stehen, sie sich mithin zunächst vollständig auf den Schiffsraum ihrer amerikanischen Freunde stützen muß, so wirkt sie doch an dem Aufbau und der Ausgestaltung des neuen gemeinsamen Dienstes als gleichberechtigter Partner mit. Darin liegt die Gewähr, daß die Erfahrungen, die sie in den langen Jahren ihrer Tätigkeit auf dieser Haupttroute des Weltverkehrs zu sammeln Gelegenheit hatte, auch der neuen Verbindung zugute kommen werden, und daß hier wieder jene Exaktheit und Promptheit des Dienstes erzielt wird, die für den Verkehr der deutschen Linien vor dem Kriege sprichwörtlich war. Der deutsche Fahrgast insbesondere wird aus der Mitarbeit der ihm bekannten heimischen Gesellschaft die Gewißheit schöpfen dürfen, daß eine Verkehrs-gelegenheit geschaffen wird, die seinen berechtigten Wünschen und Ansprüchen Rechnung trägt.

Der neue Dienst soll sich zunächst in der Hauptsache dem Auswandererverkehr widmen. Daß er die Anforderungen einer zeitgemäßen Auswandererbeförderung in besonderem Umfange zu erfüllen beabsichtigt, ist bereits aus der Tatsache erkennbar, daß der erste Dampfer als Spezialschiff für Fahrgäste dritter Klasse ausgerüstet wird. Von der vor dem Kriege üblichen Aufteilung des Schiffsraumes auf die verschiedenen, voneinander gesonderten Klassen der Fahrgäste wird abgesehen und sämtliche Passagiereinrichtungen, Gesellschaftsräume, Promenadendecks, Kabinen usw. werden den Fahrgästen der dritten Klasse, deren das Schiff etwa 1500 aufzunehmen vermag, zur Verfügung gestellt. „Mount Clay“, der frühere deutsche Dampfer Prinz Eitel Friedrich, der nach seinem Übergang in amerikanischen Besitz zunächst den Namen „De Kalb“, dann seinen jetzigen Namen erhielt, ist ein moderner Doppelschraubendampfer von 8800 Br. R. T. Ihm sollen weitere amerikanische Schiffe von gleicher Art und Größe folgen. Für nächstes Frühjahr sieht die Hamburg-Amerika Linie der Fertigstellung ihres ersten für den Personenverkehr geeigneten Dampfers entgegen, und damit ist die Aussicht geboten, daß in nicht allzuferner Zeit auch die heimische Flagge wieder in der nordatlantischen Passagierfahrt erscheint. Wenn auch Krieg und Friedensbedingungen die Voraussetzungen des hamburgischen Auswanderergeschäftes von Grund aus geändert haben, so darf doch von der Wiederaufnahme des regelmäßigen Dienstes erhofft werden, daß sie dazu beiträgt, wieder einen Teil des europäisch-amerikanischen Personenverkehrs

über Hamburg zu leiten und damit einen wichtigen Zweig des ehemaligen hamburgischen Überseegeschäftes neu zu beleben.

A. K.

Niederlande

Niederländischer Seeverkehr. Dem nunmehr auch in deutscher Übersetzung erschienenen Jahresbericht der Rotterdamer Handelskammer entnehmen wir folgende Angaben über den niederländischen Schiffsverkehr der letzten Jahre. Es klarierten von See kommend ein:

	in sämtl. niederländischen Häfen		davon in Rotterdam	
	Schiffe	Netto R. T.	Schiffe	Netto R. T.
1910	14 874	13 034 495	9 368	10 658 831
1911	15 628	15 470 624	9 562	11 052 184
1912	17 000	17 335 901	10 208	12 094 030
1913	16 996	18 197 783	10 203	12 785 861
1914	12 454	13 540 051	7 303	9 188 615
1915	6 351	6 621 478	3 644	4 153 682
1916	5 114	4 681 117	2 979	3 191 830
1917	2 184	1 838 951	1 374	1 298 304
1918	1 779	1 663 093	1 048	1 215 229
1919	7 082	7 097 716	4 328	5 047 790

Der Rotterdamer Seeverkehr machte demnach nach der Tonnage gemessen im letzten Jahre etwa 71 % des gesamten niederländischen Seeverkehrs aus.

Die obige Aufstellung, die auf den Angaben des niederländischen Zollamtes beruht, umfaßt nicht diejenigen Schiffe, die von holländischen Häfen sowie von Deutschland und von Belgien durch Binnenkanäle kommen.

A. K.

Belgien

Auswanderung über Antwerpen. Bei der Wiederbelebung seines Auswanderergeschäftes wird Hamburg in erster Linie mit der Konkurrenz Antwerpens zu rechnen haben. Einige Angaben über den gegenwärtigen Umfang und die Zusammensetzung des über den Scheldehafen gehenden Auswandererverkehrs dürften deshalb hier von Interesse sein. Die Zahl der von Antwerpen direkt nach überseeischen Reisezielen beförderten Auswanderer hat sich im letzten Quartal (Juli—September) auf 11 165 belaufen, darunter waren 4508 Polen, 2223 Belgier, 817 Italiener, 298 Amerikaner, 181 Russen, 153 Holländer, 53 Deutsche und der Rest Angehörige anderer Nationen. In die Beförderung dieser Emigranten teilten sich 17 Dampfer fremder (nicht belgischer) Linien. Einen besonders großen Anteil an dem Auswandererverkehr über Antwerpen haben die Schiffe der Red Star Line. Sie haben z. B. im Monat Oktober befördert: D. „Kroonstadt“ 796 Zwischendecker, D. „Lapland“ 1253, D. „Finland“ 886, D. „Zeeland“ 978.

A. K.

Frankreich

Frankreich-Westafrika. Die Société Navale de l'Ouest bemüht sich besonders um die Erweiterung der französischen Afrika-Schiffahrt. Die Gesellschaft unterhält eine Linie nach West- und Ostafrika und beabsichtigt über kurz oder lang, in derselben Weise, wie vor dem Kriege die Deutsche Ostafrika-Linie, Rundreisen um Afrika in beiden Richtungen zu machen. Auch die Linie Havre-Marokko mit Bedienung der Plätze Casablanca und Fedalha ist im Oktober d. J. wieder aufgenommen worden.

Daneben unterhält die Gesellschaft eine Linie nach dem östlichen Mittelmeer, die von Havre aus die Häfen Genua, Neapel, Catania, Alexandria, Port Said, Beirut, Alexandrette, Mersina und Larnaca bedient. Auf der Werft von W. Gray, West-Hartlepool ist der siebente der für diese Gesellschaft dort in Bau gegebene Dampfer vom Stapel gelassen, ein Dampfer von 6700 t mit einem 25-t-Ladebaum. Wenige Tage später lieferte dieselbe Werft an die Gesellschaft den 5000-t-Dampfer „Saint Camille“, das neunte Schiff, welches die Gesellschaft nach Friedensschluß übernahm. Auf dem Chantiers Navals Français hat die Gesellschaft einen Tankdampfer von 11 000 t Tragfähigkeit im Bau. Es ist in der Hauptsache der Tätigkeit dieser Reederei zuzuschreiben, daß die französische Handelsflotte im Hafen von Antwerpen seit Januar d. J. statt an fünfter an dritter Stelle steht.

Eine neue Gesellschaft, die Lloyd Linie, trägt ebenso dazu bei, den französischen Kolonialverkehr wieder zu heben. Sie richtet eine 14tägliche Linie nach Westafrika ein, auf der die erste Abfahrt am 15. 11. stattfinden sollte. F. W.

Freigabe der Binnenschifffahrt. Die französische Binnenschifffahrt, die sich vor dem Kriege größtmöglicher Freiheit erfreute, hat sich während des Krieges die größte Einschränkung und Zwangsbewirtschaftung gefallen lassen müssen. Zum Teil sind die Einschränkungen auf Wunsch der Interessenten wieder fallen gelassen, aber die heutige ungünstige Lage, wo das Angebot die Nachfrage erheblich übersteigt, zwang zur völligen Befreiung, und der Minister für die öffentlichen Arbeiten hat daher laut „Journal officiel“ alle bestehenden Zwangsmaßnahmen aufgehoben. Nur zwei Bestimmungen des Gesetzes vom 31. 12. 19, welche die Einheitlichkeit der Verladescheine und Befrachtungsbedingungen betraf, bleiben bestehen. Um aber eine gewisse „liberté organisée“ aufrecht zu erhalten, will der Minister dem Parlament ein Gesetz vorlegen, wonach in allen Binnenschifffahrtszentren fakultative Befrachtungsbörsen eingerichtet werden, die Reeder und Verloader in Fühlung halten und die Interessenten über die gültigen Frachtraten unterrichten sollen, damit in Zukunft keine zu großen Schwankungen auf dem Frachtenmarkt das Wirtschaftsleben nachteilig beeinflussen. F. W.

Vereinigte Staaten

Frachtkonferenz für den Pacificverkehr. „Syren and Shipping“ zufolge sind die Bemühungen des amerikanischen Schiffsamtes um Schaffung einer neuen Pacifickonferenz erfolgreich gewesen. Das Ergebnis der seit Anfang September in Kobe geführten Verhandlungen ist ein Abkommen, das mit dem 1. 11. in Kraft getreten und von folgenden 11 Schiffahrtsgesellschaften unterzeichnet worden ist: Nippon Yusen Kaisha, Osaka Shosen Kaisha, Toyo Kisen Kaisha, Canadian Pacific Ocean Service, China Mail Steamship Company, China Pacific Steamship Co., Messrs. Struthers & Dixon, Admiral Line, American Express Company, Pacific Mail Steamship Company und Waterhouse Company. Von diesen Gesellschaften bedürfen die drei subsidierten japanischen Linien der Erlaubnis ihrer Regierung zur Annahme des von der Konferenz beschlossenen Tarifes, doch glaubt man, daß diese Erlaubnis erteilt werden wird. Die Hauptgeschäftsstelle der Konferenz befindet sich vorläufig in Yokohama, sie soll vielleicht später nach Kobe verlegt werden, falls die Majorität der angeschlossenen Linien dies bestimmt. Ob die japanischen Trampreedereien sich der Konferenz anschließen werden, ist noch unbestimmt; wahrscheinlich ist jedoch, daß sie außerhalb des Abkommens bleiben werden. Der von der Konferenz festgesetzte neue Frachttarif sieht im allgemeinen eine Erhöhung der Raten um 25–30 % vor. Die bisherige Frachtrate für Einheitsladungen (10 \$) soll jedoch nicht geändert werden.

The International Mercantile Marine Co. Mr. P. A. S. Franklin, der Präsident der International Mercantile Marine Co., hat, bevor er Anfang November seine Informationsreise nach Europa antrat, Gelegenheit genommen, sich über die Geschäftsergebnisse sowie über die Pläne seiner Gesellschaft zu äußern. Er stellte fest, daß die diesjährigen Ertragnisse der International Mercantile Marine Co. trotz der wenig befriedigenden allgemeinen Schifffahrtsslage, wenn auch nicht die des Vorjahres, so doch die des Jahres 1918 erreichen würden. Die Obligationsschulden (bonded indebtedness) der Gesellschaft einschließlich sämtlicher Untergesellschaften seien seit 1915 von 80 Mill. \$ auf 47 Mill. \$ verringert worden. Dazu seien in diesem Zeit-

raum insgesamt 40 % Dividende im Betrage von ungefähr 21 Mill. \$ bezahlt worden. Über die nächsten Pläne der Gesellschaft äußerte sich Franklin wie folgt:

„Wir sind dabei, unser Passagiergeschäft auszubauen, insbesondere soll der Schiffsraum für die nach Deutschland gerichteten Dienste der American Line durch Einstellung geeigneter Dampfer vergrößert werden. Wäre uns der Ankauf der von den Vereinigten Staaten übernommenen ehemaligen deutschen Schiffe gestattet gewesen, so würden wir manchen dieser Dampfer erwerben und in die Flotte der American Line eingestellt haben. Da man das Angebot, das wir zu Anfang dieses Jahres machten, nicht angenommen hat, so waren wir genötigt, uns nach Ersatz umzusehen. Wir haben vor einigen Tagen den neu auf einer britischen Werft gebauten 17 000 t-Dampfer „Minnekahda“ übernommen, das größte britische Schiff, das jemals in die amerikanischen Register eingetragen ist, und wir sind dem britischen „Board of Trade“ dankbar, daß er seine Einwilligung gegeben hat, das Schiff unter die amerikanische Flagge zu stellen. Dieser Dampfer, der etwa 2150 Passagiere aufnehmen kann, wird im Dienst der American Line zwischen New York und Hamburg Verwendung finden. Wir hoffen, daß er seine Fahrten im nächsten Frühjahr aufnehmen wird. Der Hamburger Dienst der American Line ist jetzt ein Jahr alt, er hat sich während dieser Zeit zufriedenstellend entwickelt. Die Linie hat ihre eigene Vertretung in Hamburg und ihren eigenen Beamtenstab unter amerikanischer Leitung. Sie hofft, in Kürze dort auch eigene Anlagen zu erhalten. Einer der Gründe meiner Europareise ist, die Verhältnisse und Bedingungen des Verkehrs mit Deutschland zu studieren.“

In bezug auf die künftigen Passagierraten äußerte Mr. Franklin, daß an eine Verringerung der Fahrpreise nicht gedacht werden könne. Die Betriebskosten wüchsen unausgesezt. Der Kohlenpreis in England stelle sich jetzt dreimal so hoch als vor dem Krieg, und die Löhne für alle Mannschaftsgattungen seien über das doppelte gewachsen, während gleichzeitig die Leistungsfähigkeit zurückgegangen sei. Mit diesen gestiegenen Betriebskosten hätten die Passagierraten bisher nicht Schritt gehalten. Die International Mercantile Marine Co. hätte die Absicht, den Schiffsbesitz ihrer Untergesellschaften (White Star Line, American Line usw.) so schnell als möglich wieder auf ihren Vorkriegsstand zu bringen. Im Jahre 1913 habe der Konzern über 1 116 000 Br. R. T. verfügt, davon hätte ihm der Krieg 897 000 Br. R. T. genommen; jetzt besäße er 1 036 000 Br. R. T. und hoffe, diese Flotte weiter zu vergrößern. A. K.

Japan

Zusammenschluß der japanischen Reedereien. Über die bereits in der vorigen Nummer des „W.-D.“ an dieser Stelle erwähnten Pläne für einen Zusammenschluß der großen japanischen Schifffahrtsgesellschaften läßt sich auch aus einigen neueren Mitteilungen noch keine ausreichende Klarheit gewinnen. Nach einer Reutermeldung aus Tokio sollen diese Pläne vom japanischen Verkehrsministerium ausgehen, das zunächst die Nippon Yusen Kaisha und die Kokuai Kisen Kaisha zusammenschließen und ihnen später die Osaka Shosen Kaisha und die Toyo Kisen Kaisha angliedern will. Dieser Plan wird nicht nur von der Regierung sondern auch von einigen hervorragenden Politikern auf das nachdrücklichste unterstützt. Die Leiter der Schifffahrtsgesellschaften sollen angeblich von der Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses überzeugt sein, aber es wird bezweifelt, daß sie bereits über alle Einzelheiten des von der Regierung erwogenen Planes unterrichtet sind. Falls es Absicht der Regierung wäre, die Handelsschifffahrt zu nationalisieren und einen halbamtlichen Konzern zu bilden, wird vermutlich kaum eine der führenden Kompagnien diesen Plan unterstützen. Einer der Direktoren der Nippon Yusen Kaisha erklärte neuerdings, daß der Vorstand der Gesellschaft bisher noch nicht zu dem Plan Stellung genommen hätte, obwohl bereits eine lebhaft Diskussion darüber im Gange sei. Wie erinnerlich, wurde schon 1913 ein vergeblicher Versuch gemacht, die Toyo Kisen Kaisha und die Osaka Shosen Kaisha zu vereinigen. Der gegenwärtige Versuch des größeren Zusammenschlusses wird sicher nicht geringere Schwierigkeiten mit sich bringen. A. K.